

## Eine gewerkschaftliche Politik gegen den Rechtsextremismus findet nicht statt

---

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer, geb. 1945, ist seit 1982 Hochschullehrer an der Fakultät für Pädagogik der Universität Bielefeld.

Arbeitsschwerpunkte: Jugendforschung, Rechtsextremismus, Gewalt.

### I.

Regelmäßig werden auch aus gewerkschaftlichen Bereichen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus die üblichen Vorschläge unterbreitet. Doch die Erstellung von Argumentationshilfen und Bildungsmaterialien, um für die Diskussion zu „rüsten“, mit Plakaten und Zeitungsanzeigen „für die Demokratie werben“ oder am 1. September etwa eine Friedenswoche zu gestalten<sup>1</sup>, sind ebenso weitgehend am Wirkungsende angelangt wie die vielbeschworenen „machtvollen Demonstrationen“ mit entsprechenden Reden. Sie dienen bestenfalls der Selbstvergewisserung und lagern gleichzeitig eng an der Selbsttäuschung. So laufen die üblichen Versuche der Kritik an Parteiprogrammen, insbesondere bei den sogenannten „Republikanern“ ins Leere, weil diese sich inzwischen ein - den sogenannten „Volksparteien“ nicht unähnliches - „taktisches Parteiprogramm“ zugelegt haben, das heißt, daß tatsächliches Verhalten mit den Programmen kaum etwas gemein hat. Und auch die positiv gemeinte Unterstützung von Fremden, die sich als rechnerische Verwertung von Fremden entpuppt, („Wir *brauchen* sie für unseren [!] Wohlstand“), ist im Kern alles andere als menschenfreundlich und gerät außerordentlich leicht in die Abhängigkeit von konjunkturellen Turbulenzen, vom instrumentalistischen Grundansatz ganz zu schweigen.

---

<sup>1</sup> So etwa E. Breit, Gedanken zum Thema: Rechtsextremismus aus gewerkschaftlicher Sicht, in: Bodewig u. a. (Hrsg.), Die schleichende Gefahr - Rechtsextremismus heute, Essen 1990, S. 312-317, S. 317.

Alle diese im gewerkschaftlichen Reservoir vorfindlichen Ansätze haben zumindest zwei eklatante Probleme. Zum einen steckt darin im Grunde nichts Gewerkschaftsspezifisches, das heißt sie enthalten keine Ansätze im genuinen Handlungsfeld von Arbeit und Betrieb und den daraus resultierenden Erfahrungen, die auf *politische*, und das heißt strukturelle Fragen bezogen werden können. Zum anderen hat das auch zur Folge, daß die gewerkschaftlichen Aktivitäten sich einordnen in das fatale Grundmuster aller Maßnahmen, die nach „Hoyerswerda, Hünxe, Mannheim, Rostock und anderswo“ zumeist nur im Sinne eines politischen Rituals angekündigt waren. Diese angekündigten Maßnahmen sollten und sollen dazu führen, daß die entsprechenden Personen ihre fremdenfeindlichen Orientierungen und gewalttätigen Handlungsweisen unterlassen. Zum Erfolg verhelfen sollen also Überredungen auf rationaler Basis, was nicht gelingen kann, weil es sich um emotionale Problemlagen handelt. Oder es soll durch die Demonstrationen eine Vorurteilsrepression erzeugt werden. Dabei wird übersehen, daß sich angstgespeiste Vorurteile immer neue menschenverachtende Ventile suchen, denn die Ursachen, die diese Einstellungen hervorbringen, werden durch das kurz skizzierte Handlungsrepertoire nicht verändert.

Da die Gewerkschaften sich insgesamt nur nahtlos in die politischen Rituale auch zahlreicher anderer gesellschaftlicher Gruppen und Institutionen einfügen, ist die These berechtigt, daß eine gewerkschaftliche *Politik* gegen *strukturelle* Ursachen der Entstehung von rechtsextremistischen und Orientierungen und Handlungsweisen nicht stattfindet.

Wären alle die angekündigten Maßnahmen „erfolgreich“ gewesen, so hätte es bis Mitte 1992 die brisante Entwicklung nicht geben dürfen, die wiederum den Bodensatz für „Rostock und anderswo“ geliefert hat.

Bis Mitte 1992 läßt sich festhalten:

- Die Akzeptanz von Ausländern in Deutschland hat sich im Juni im Westen leicht, im Osten deutlich verändert - und zwar mit jeweils rückläufiger Tendenz. 57 Prozent der Westdeutschen gegenüber 60 Prozent im Mai finden es in Ordnung, daß in Deutschland viele Ausländer leben; 40 Prozent finden das nicht in Ordnung, gegenüber 35 Prozent im Mai. Im Osten dagegen akzeptieren nur noch 39 Prozent die Ausländer im Land, nach 51 Prozent im Mai. 60 Prozent hingegen zeigten kein Verständnis gegenüber 49 Prozent im Mai<sup>2</sup>.
- Das Verständnis in der Bevölkerung für „rechtsradikale Tendenzen wegen des Ausländerproblems“<sup>3</sup> stieg von 24 Prozent im Dezember 1991 auf 37 Prozent im April 1992.
- Dies schlägt sich in der Gewalt gegen Fremde nieder. Verfolgt man die statistische Kurve der registrierten Straftaten gegen Fremde<sup>4</sup> in 1991, so stieg sie von 39 Fällen im Januar 1991 auf 64 im Mai, 102 im August, 313 im Sep-

2 Politbarometer des ZDF, Süddeutsche Zeitung 140/1992, S. 10.

3 Emnid-Umfrage, Der Spiegel 18/1992, S. 61.

4 Offizielle Statistik Bundeskriminalamt (BKA) für 1991.

tember, 964 im Oktober. Sie nahm im November auf 422 und im Dezember auf 221 ab. Begleitend zu der Gewalt nahmen kurzfristig die öffentlichen Diskussionen und die Aktivierung von Gegenmaßnahmen zu. Die abnehmende statistische Kurve wurde dabei auch diesen Maßnahmen mit zugeschrieben. Betrachtet man nun die statistische Kurve in 1992, dann liegt sie in der ersten Jahreshälfte kontinuierlich bei ungefähr 250 registrierten Fällen, also circa viermal so hoch wie die Vergleichszahlen des Vorjahreszeitraumes und höher als im Dezember 1991.

Entrüstung über „Rostock und anderswo“ ist angemessen, wenn es um die Integrität der Fremden geht. Kritik ist aber auch notwendig, wenn es um das Fehlen einer gewerkschaftlichen Politik gegen den Rechtsextremismus geht. Dieses Fehlen gilt es zunächst zu erklären, um dann weiterzufragen, wo denn eigenständig gewerkschaftliche Ansätze und vor allem Versäumnisse zu finden sind.

## II.

Bei der Erklärungssuche trifft man zuerst auf die schärfer werdende Diskrepanz zwischen offiziellen „Verlautbarungen“ der Institution, die kaum noch jemand zur Kenntnis nimmt, da sie sich seit Jahren nur in der Datumsangabe geändert haben, und Teilen der Mitgliedschaft, die entweder „SPD-Republikaner“ sind, also ihr Warnkreuz noch bei der SPD machen oder inzwischen zu den sogenannten „Republikanern“ oder selbst zur DVU „abmarschieren“ sind.

Gerade die Landtagswahlen in Baden-Württemberg des Jahres 1992 haben einen seit längerem sichtbaren Trend verschärft, nach dem die Gewerkschaftsmitgliedschaft kein sonderliches Hindernis mehr darstellt: „So ist der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder bei der SPD mit 27 Prozent auch wesentlich höher als im Bevölkerungsdurchschnitt, bei der CDU ist er mit 13 Prozent noch nicht einmal halb so groß wie bei der SPD. Überhaupt ist dieser Anteil bei allen anderen Parteien niedriger als bei der SPD — mit einer Ausnahme: Bei den Republikanern beträgt der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder sogar 30 Prozent.“<sup>5</sup>

Dies lagert auf Orientierungsmustern, in denen deutlich wird, daß es keine Differenzen zwischen organisierten und nicht-organisierten Männern und Frauen gibt:

- Die derzeitige Kriminalität und die sexuelle Unmoral lassen es unumgänglich erscheinen, mit gewissen Leuten härter zu verfahren, wenn wir unsere moralischen Prinzipien wahren wollen.
- Im allgemeinen ist es einem Kind im späteren Leben nützlich, sich den Vorstellungen der Eltern anzupassen.
- Ich glaube nicht, daß sich die Politiker viel darum kümmern, was Leute wie ich denken.

---

<sup>5</sup> Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Baden-Württemberg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 5. April 1992. Mannheim (9. April) 1992, S. 22.

- Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.
- Im allgemeinen verlieren die Abgeordneten im Bundestag ziemlich schnell den Kontakt mit dem Volk.

Dies bedeutet zum einen, daß Gewerkschaftsmitglieder nicht mehr als andere Personen gegen autoritäre Vorstellungen gefeit sind.<sup>6</sup> Das wird insbesondere in Vorurteilsstrukturen deutlich, wenn es um Randgruppen geht: Die männlichen Gewerkschaftler finden zehn von zwölf Randgruppen unsympathischer als dies die nicht-organisierten Männer tun. Sie sind also sehr von Vorurteilen belastet, die noch stärker sind, als die schon sehr hohen Vorurteile von Männern in der Gesamtbevölkerung.<sup>7</sup>

Was bedeuten diese Ergebnisse: Zum einen will ein Teil der Gewerkschaftsorganisation etwas gegen Fremdenfeindlichkeit tun, und darf es doch gleichzeitig nicht sonderlich vehement versuchen, weil sie selbst einen erheblichen Teil der eigenen Mitgliedschaft nicht (mehr) erreicht. Insofern ist es durchaus funktional, wenn die Gewerkschaften sich nur in den schon beschriebenen politischen Ritualen begrenzen. Sie schaffen die Fassade öffentlichen Ansehens und garantieren gleichzeitig Folgenlosigkeit, die man benötigt, um die eigene Mitgliedschaft zumindest formal zu binden.

Es ist anzunehmen, daß die politischen Rituale selbst bei der eigenen Mitgliedschaft aufgrund zumindest dreier Faktoren „abprallen“:

1. Aufgrund des veränderten Verhältnisses gegenüber Werten und Normen in einer durchkapitalisierten Gesellschaft geht es zunehmend nur noch um eine utilitaristisch-kalkulative Haltung.<sup>8</sup> Das bedeutet, daß selbst Toleranzforderungen nur solange greifen, wie man sie sich „leisten“ zu können glaubt.
2. Die zum Teil bereits schwierigen wirtschaftlichen Lagen eines Teils der Mitgliedschaft lassen auf diesem Hintergrund immer weniger Toleranzforderungen durchdringen.
3. Wenn dann noch die Normalisierung von fremdenfeindlichen Positionen in der politischen Öffentlichkeit hinzukommt, können die „Aufrufe“ keine Effekte erzielen.

Den gesellschaftsstrukturellen Hintergrund bilden die ambivalenten, widersprüchlichen Modernisierungsprozesse, die immer noch eindimensional gedacht werden: mehr Freiheit, mehr Gleichheit, mehr Brüderlichkeit. Diese Forderungen stehen nicht im Einklang mit der Entwicklungsdynamik von dominierenden Modernisierungsprozessen:

- je mehr Freiheit, desto weniger Gleichheit;
- je weniger Gleichheit, desto mehr Konkurrenz;
- je mehr Konkurrenz, desto weniger Solidarität;
- je weniger Solidarität, desto mehr Vereinzelung;

<sup>6</sup> E. Brähler, Das Gewerkschaftsmitglied, Ms., Universität Gießen 1990, S. 7.

<sup>7</sup> Vgl. Brähler, S. 10.

<sup>8</sup> B. Bunkert, Kriminalität als Modernisierungsrisiko, in: Soziale Welt, 1988, S. 397-412.

- je mehr Vereinzelung, desto weniger soziale Einbindung;
- je weniger soziale Einbindung, desto mehr rücksichtslose Durchsetzung.

Es zeichnen sich also massive Schattenseiten von Individualisierungsprozessen ab. Dabei betreffen die Gewerkschaften vor allem drei zentral, weil sie *strukturell* angelegt sind:

*Die Enttraditionalisierung:* Von großer Tragweite dürfte das Verhältnis zu politischen und sozialen Traditionen sein. Einerseits glaubt man bewußtlos an eine politische Traditionsfortschreibung (einschließlich von verklärenden Blicken auf die Zeit vor 1933) und hat eben nicht gerade starke Anstrengungen unternommen, um soziale Traditionsbestände zu sichern. Dabei ist nicht zu übersehen, daß im Zuge von schnellen Wandlungsprozessen immer auch rigorose Enttraditionalisierungen ablaufen. Das bedeutet dann auch, daß jedwede Tradition, also auch die als bewahrenswert erkannten politischen Traditionen einer Distanz gegenüber rechten Machtgruppen, ins Mahlwerk geraten. Insofern ist die Erosion nach rechts nicht überraschend und deshalb schwerwiegend, weil Traditionen nicht einfach kurzfristig „hergestellt“ werden können, sondern ein sensibles und zum Teil auch stör anfälliges Gebilde kultureller Regeln und Selbstverständlichkeiten darstellen. Und nun „Wir“-Bewußtsein mit seinen auch sehr ambivalenten Seiten von Zugehörigkeitsgefühlen und sozialer Kontrolle mittels Aufkleber herstellen zu wollen, zeigt die ganze Ratlosigkeit.

*Die Verflüchtigung von Solidarisierungsnotwendigkeiten:* Dort, wo im Sinne eines Sozialstaates erhebliche Sicherungssysteme entwickelt worden sind, um grundlegende Risiken der Lohnarbeiterexistenz abzusichern, hebt dies gleichzeitig die Ansatzpunkte und Notwendigkeiten zur Bildung von Solidarität aus - und setzt den einzelnen nicht nur in den Stand, die eigenen Rechte einzuklagen, sondern manövriert ihn auch in den Zwang, dies tun zu müssen, obwohl es gleichzeitig aufgrund sozialer Ungleichheit nur für einen Teil der Bevölkerung tatsächlich realisiert werden kann. Hinzu kommt, daß es sich bei den „Solidarisierungen“ letztlich immer nur um die monetären Aspekte dreht, während Aufrufe zur Arbeitsniederlegung aus politischen Gründen - etwa wegen der rigiden Ausländerpolitik - in den Gewerkschaften kaum angedacht werden.

Damit im Zusammenhang steht das dritte Element, die *ungelöste Frage der Logik kollektiven Handelns*<sup>9</sup>, in die das Kollektivgut-Problem eingelagert ist. Die Beteiligung an der Organisation des Kollektivguts ist schwach, da der einzelne seinen Beitrag als gering einschätzt, bei Fehlschlägen unter Umständen negative Folgen zu erwarten hätte und bei erfolgreicher Organisation der Bewegung durch andere kostenlos an den Ergebnissen teilhaben könnte. Olson hat auf Bedingungen hingewiesen, durch die sich solche Probleme lösen ließen: bei Existenz vernetzter Hierarchien von Mitgliedschaften, bei Vorliegen von deutlichen Stratifikationen im gesamten Kollektiv und bei Vor-

---

9 M. Olson, Die Logik des kollektiven Handelns, Tübingen 1968.

liegen von „solidarischen“ Orientierungen. Diese Bedingungen werden aber durch die gesellschaftlichen Individualisierungstendenzen weitgehend strukturell aufgelöst.

Es ist eine alte Thematik, daß nicht wenige Jugendliche bei Eintritt in den Betrieb zum einen den Druck auf eine „Zwangsmitgliedschaft“ vorfinden und gleichzeitig sehr schnell ein Gefühl für das bürokratische Gewerkschafts-„Leben“ entwickeln. Sozialer Druck und erstarrte Beziehungen sind keine günstigen Voraussetzungen weder für Beteiligungen noch für eine Mitgliedschaft, wenn der soziale Druck nachläßt. In der immer noch prägnantesten Untersuchung zu Arbeit und Identität bei Jugendlichen wird festgehalten, daß „der Verlust an inhaltlicher Identifikation mit Gewerkschaft auch durch eine deutliche Steigerung formaler Mitgliedschaftsverhältnisse (...) kaum kompensiert werden kann“.<sup>10</sup>

Ein solches Verhalten läßt sich wohl nur systemtheoretisch erklären, wonach es Institutionen gar nicht um die Lösung von Problemen geht, sondern in erster Linie um die eigene Bestandserhaltung. Deshalb muß heute die nicht aufgehende „Kompensationsrechnung“ stärker denn je mit zum gewerkschaftlichen Beitrag der Rechtsentwicklung addiert werden, weil es unter anderem solche sozialen Entfremdungserfahrungen sind, die subjektiv in politische Entscheidungen umgeformt werden.

### III.

Vor diesem Hintergrund der strukturellen Problemlagen, subjektiven Befindlichkeiten in der Mitgliedschaft und den bestandssichernden Eigeninteressen der Institution kann es also nicht überraschen, daß immer noch das völlig aufgezehrte Aktionsreservoir gegen den „Rechtsextremismus“ gepflegt wird, um eine Politik dagegen zu umgehen. Dies würde zur Folge haben, daß auch die in den Gewerkschaften anzutreffende konservative Strategie gesellschaftlicher Integration über die Universalisierung des Marktes aufgegeben wird. Sie hat - aller Dementis und aller „Überbau“-Rhetorik zum Trotz - als neokonservatives Konzept (verdeckt) auch in weiten Teilen der Gewerkschaftsinstitutionen und ihrer Mitgliedschaft eine Basis. Dieses Konzept sollte auch als politisches Integrationskonzept gelten, zumal in den fünfziger Jahren die Akzeptanz von Demokratie noch eng mit der Wirtschaftsentwicklung gekoppelt war. Dieser Malus wurde in den siebziger Jahren immer deutlicher bestritten im Sinne einer Fortentwicklung der Demokratiefestigkeit unabhängig vom wirtschaftlichen Wohlergehen. Anfang der neunziger Jahre zeigt sich die These vom materialen Demokratiezugewinn als äußerst brüchig, zumal jetzt wohl erst die eigentliche Bewährungsprobe des kapitalistischen Systems bevorsteht.

Insofern wird die Integrationsstrategie über die Universalisierung des Marktes ihr Ende erreichen: nach außen durch das Wegbrechen von Märkten

---

10 M. Baethge u. a., Jugend: Arbeit und Identität, Opladen 1988, S. 276.

und nach innen durch das Aufbrechen der Konsequenzen sozialer Zerstörungsprozesse als Folge der Durchkapitalisierung, wie sie sich dann auch etwa in den schon beschriebenen utilitaristisch-kalkulativen Orientierungen gegenüber Werten und Normen niederschlagen. Statt dessen werden Konzepte der „Integration durch Ausschluß“<sup>11</sup> immer deutlicher, in denen ethnische Kategorien zunehmend Bedeutung gewinnen.

Auch diese Thematik wird in den Gewerkschaften aufgrund ihrer verdeckten Nähe zur Integrationsstrategie über die Universalisierung des Marktes nicht gesehen und zeitigt entsprechend politische Argumentationsnöte, wie sich am „Europa“-Beispiel leicht ablesen läßt. Daran kann die Universalisierung des Marktes auf der Stufe der „Internationalisierung“ verdeutlicht werden, die zunehmend für viele Menschen zur Bedrängnis zu werden scheint - und als Themenfeld von den sogenannten „Republikanern“ mit ihrer Kampagne gegen „dieses“ Europa längst besetzt ist.

Hier rächt sich dann eine zentrale Unterlassung in der Betrachtung und Befürwortung einer multikulturellen Gesellschaft. Auch auf Gewerkschaftsseite sind die in ihren Folgen weiterhin unklaren Wirkungszusammenhänge zwischen den *Integrationsproblemen* von Fremden aufgrund rapide ansteigender Wanderungsbewegungen *und* den aufgrund schneller innergesellschaftlicher Wandlungsprozesse ansteigenden subtilen westdeutschen und offenen ostdeutschen *Desintegrationsprozessen* bei den Ansässigen unterschätzt worden. Der Verweis auf die zahlreichen historischen Verschiebungen in ethnisch-kollektiven Gefügen wird heute als Beleg dafür gewertet, daß eine multikulturelle Gesellschaft im Grunde keine Neuigkeit sei. Das ist sie in der Tat nicht. Nur wird politisch auf höchst gefährliche Art und Weise ein zentraler Faktor unterschlagen: die „Zeit“. Das heißt, es wird nicht beachtet, daß diese positiven Prozesse sich in einem ganz anderen, langsamen Wandlungstempo ergeben haben, ganz im Gegensatz zum schnellen Wandlungsdruck in der heutigen Zeit. Es handelt sich also um die Vernachlässigung historischer eher relativ *gleichzeitiger* ökonomischer und sozialer Wandlungsprozesse und heutiger *ungleichzeitiger* Wandlungsgeschwindigkeiten von technologisch-ökonomischer Rasanz und sozialisatorischem „Schneckentempo“.

Ein ausdrücklich gewerkschaftliches Thema ist dieser Zusammenhang insofern, weil sich am Faktor „Arbeit“ immer noch zentral die gesellschaftliche Integration oder Desintegration maßgeblich entscheidet. Dazu ist es vonnöten, die gesellschaftspolitische Ebene zu verlassen, um sich Problemlagen der politischen Sozialisation durch spezifische Arbeits *biographien*, also von „Karrieren“ und Verläufen, von *Arbeitserfahrungen* aufgrund von Tätigkeiten, und *Arbeitsorientierungen* zu stellen. Daraus ergeben sich zwei zentrale Fragen: In welche Arbeitsstrukturen sind spezifische Erfahrungen und ihre subjektiven Voraussetzungen eingebettet, die daraufhin zu untersuchen sind, in welchen Zusammenhängen mit rechtsextremistischen Orientierungen sie

---

11 W. Heitmeyer/U. Sander, Individualisierung und Verunsicherung, in: Mansel (Hrsg.), Reaktionen Jugendlicher auf gesellschaftliche Bedrohung, Weinheim/München 1992, S. 38-58.

stehen? Daran anschließen muß sich die Frage nach den Konsequenzen für eine gewerkschaftliche *Politik*.

#### IV.

Die Darstellung dieser Problematik erfolgt am Beispiel von Jugendlichen, die im Rahmen der mehr als fünfjährigen „Bielefelder Rechtsextremismus-Studie“<sup>12</sup> untersucht worden sind. Darin geht es in erster Linie um die Frage der Entwicklungs- und Verlaufsbedingungen von Distanz, Ambivalenz und Akzeptanz von Ideologien der Ungleichheit und Gewalt, die in ihrem Zusammenfließen als zentrales Kennzeichen rechtsextremistischer Orientierungen und Handlungsweisen angenommen werden. Neben der Analyse von Milieubedingungen und des Verhältnisses zur Politik standen vor allem die schon angeführten Dimensionen von Arbeit im Zentrum des Interesses.

Vor dem Hintergrund der gesellschaftstheoretischen Individualisierungstheorie mit ihren Ausformungen für die Jugendphase wurde in der Untersuchung als zentrale Erklärung für die Entwicklungs- und Verlaufsbedingungen rechtsextremistischer Orientierungen und Handlungsweisen die *Instrumentalisierungs-These* formuliert. Sie zielt im Kern darauf, daß auf den „Schattenseiten“ der ambivalenten Individualisierungsprozesse jene subjektiven Verarbeitungen und politisch relevanten „Problembearbeitungen“ entstehen, in denen dann Ideologien der Ungleichheit und Gewaltakzeptanz spezifische Funktionen zur Lebensbewältigung und Realitätskontrolle einnehmen.

Instrumentalisierung ist ein der industriegesellschaftlichen Verwertungslogik zugeordnetes Muster. Sie verbindet sich mit dem in der Ambivalenz von Individualisierungsprozessen immer auch eingelagerten Zwang zur Selbstdurchsetzung. Diese zeigt sich in Vereinzelnungsprozessen und fördert ihrerseits die Lockerung von sozialen Beziehungen. Ein solcher Prozeß hat zur Konsequenz, daß die Folgen des eigenen Handelns für andere immer weniger oder gar nicht mehr berücksichtigt zu werden brauchen. Die Gewalthaltigkeit von sozialen Beziehungen steigt, was immer auch die Nicht-Anerkennung des sozial anderen bedeutet. Dies ist funktional, um die immer zu demonstrierende Stärke und Überlegenheit, aber durch Standardisierungen immer auch gefährdete Einzigartigkeit zu sichern.

Diese Nicht-Anerkennung des anderen (und damit auch die Abwendung von einer autonomie-orientierten Identität) schlägt sich in zahlreichen Varianten nieder. Dazu gehören:

- Verdinglichung („letzte Dreck“) und Abwertung („können nichts“) aufgrund des Zwanges zur Überlegenheit („Sieger sein“) in Konkurrenzprozessen und zur Aufwertung der unter Statusdruck befindlichen eigenen Person;
- Austauschbarkeit (mal Aussiedler, mal Ausländer, mal „Asylanten“) auf-

<sup>12</sup> W. Heitmeyer u. a., Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation von männlichen Jugendlichen, Weinheim/München 1992.

grund eigener Erfahrung von Austauschbarkeit in Produktions- und Reproduktionsprozessen und aufgrund nicht weiter begründbaren Pochens auf „Etablierten“-Rechte;

- Entpersönlichung und Verwertung des anderen aufgrund der Kapitallogik und der Monetarisierung von sozialen Beziehungen;
- Vergleichsgültigung gegenüber dem Schicksal anderer, aufgrund von Erfahrungen der Auflösung eigener sozialer Einbindungen und unterstützender Milieus;
- Überlegenheitsdemonstration aufgrund des Zwanges zur Selbstdurchsetzung und der Präsentation als „Sieger“;
- Kosten-Nutzen-Kalkulation in sozialen Beziehungen, um die emotionalen Aufwendungen so gering wie möglich zu halten.

Instrumentalisierung stellt den Entstehungsmechanismus eines „materiellen Nationalismus“ dar, weil sie auf den ökonomischen Verwertungsprozessen basiert und sozial wie politisch angewendet wird. Insofern steht dieses Muster im Gegensatz zum „völkischen Nationalismus“ der nationalstaatlichen Grundstruktur, die durch die Internationalisierung der Märkte abgelöst wird. Daher ist die Instrumentalisierung auch ein zentrales „modernisiertes“ Verbindungsstück von Verhaltenserwartungen bzw. -zwängen in gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozessen mit politischen Konzepten in Form rechtsextremistischer Orientierungen.<sup>13</sup>

Diese Instrumentalisierungen sind nicht nur einfach als Ausfluß ideologischer Beeinflussung zu sehen, sondern nach meinem Dafürhalten in sehr viel höherem Maße in ihren Grundlagen in den ambivalenten Individualisierungsbedingungen des Aufwachsens und den eigenen Erfahrungen im Sozialisationsfeld „Arbeit“ angelegt. Dies soll an drei Phänomenen deutlich gemacht werden.

a) *Die politischen Folgen des Flexibilitätszwanges: Zerstörung von Sozialzeit.* Zum ersten Bereich ist meines Erachtens in zentraler Weise in der Folge von veränderten Zeitstrukturen im Arbeitsbereich immer wieder auf die Zerstörung von Sozialzeit hinzuweisen.

„Die individuelle Verfügung über die Zeit gehört zu den herausragenden Versprechungen von Individualisierungsprozessen. Was die individuelle Zeitrechnung anbetrifft, so scheinen sie positiv auszufallen, aber sie sind mit einem zunehmenden Auseinanderfallen von Lebensrhythmus und ökonomischem Rhythmus durch neue Produktionsformen (etwa der just-in-time-production) verbunden. Der Flexibilitätsdruck führt zu neuen Stufen der Zurichtung der Menschen und ihrer Verfügung nach ökonomischen Erfordernissen. Überdeckt wird dies derzeit durch eine „Ideologie der freien Zeit“. Die individuell verfügbare Zeit nimmt zwar rechnerisch zu - die sozial geteilte Zeit, sei es in „IC“-Familien, „Spagat“-Ehen oder in politischen Großgruppen, dürfte dagegen nach und nach abnehmen bzw. nur noch mit hohem Koordinationsaufwand kurzfristig herstellbar sein. Die Folgen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen: Zeit bekommt durch Zerstückelung problematische Züge; die Probleme von Kindern und Jugendlichen, ihre Nöte und Wünsche werden vorrangig in die von flexibi-

---

<sup>13</sup> Rechtsextremismus-Studie, S. 595-597.

lisierten Erwachsenen übriggelassenen Zeit-Lücken hineingestopft. Nöte, Probleme, Ängste dulden aber nun mal keinen Aufschub oder sie werden zerstörerisch verarbeitet, gegen sich selbst oder andere."<sup>14</sup>

b) *Die politischen Folgen von instrumentalistischen Arbeitsorientierungen: die Korrespondenzthese.* Bisher galt es als eine zentrale politische Maxime auch bei den Gewerkschaften, daß „Hauptsache Arbeit“ eine zentrale Vorbedingung für die Distanz gegenüber rechtsextremistischen Orientierungen sei. Das Ergebnis der Studie zeigt, daß die Probleme weitaus komplizierter sind, weil sie in die Arbeit hineinreichen:

„Die formale Integration in den Arbeitsbereich stellt zwar eine zentrale, aber keine hinreichende Voraussetzung für die Entwicklung und/oder Gewährleistung von Distanz gegenüber verschiedenen Varianten von Ideologien der Ungleichheit und/oder Gewaltakzeptanz dar.

Diese Distanz erhält nach unseren Ergebnissen erst dann größere Chancen - was den Beitrag von Arbeit angeht - wenn eine Konstellation von sicherer, kontinuierlicher, qualifizierender Arbeitsbiographie mit realisierbaren Entwicklungschancen bzw. Erfahrungsmöglichkeiten von vorrangig sachlich-inhaltlichen Arbeitsorientierungen gewährleistet ist, in der die Sinnhaftigkeit von Arbeitstätigkeiten, Bestätigung eigener Kompetenz, Erfahrung gesellschaftlichen „Gebrauchtwerdens“ sowie die soziale und kommunikative Akzeptanz enthalten sind. Eine solche Konstellation signalisiert dem Jugendlichen zum einen gesellschaftliche Integration. Diese Signale sind auch durch noch so gut gemeinte und ausgestattete „Sondermaßnahmen“ in der beruflichen Ausbildung nicht zu erreichen, in der sich auch die anderen Altersgleichen befinden, da diese zusätzlich den sozialen Status verleihen. Zum anderen hält diese Konstellation identitätsstärkende Kompetenzerfahrungen und „Ausgefüllt“-Sein bereit. Eine Begrenzung auf die äußere Statur der Arbeitsbiographie ist eine Verkürzung und verstellt den Blick auf zentrale Ursachenzusammenhänge, die sowohl in der Kombination von Arbeitsbiographien und Arbeitsorientierungen als auch innerhalb der Arbeitstätigkeiten und Arbeitsorientierungen zu suchen sind. (...) In den Ergebnissen zeigen sich nun mehrere Quellen, die die Entwicklung von sachlich-inhaltlichen Arbeitsorientierungen behindern und in problematische Verarbeitungsrichtungen lenken: Von Jugendlichen wurde immer wieder betont, daß sie ihre vorhandenen, „mitgebrachten“ sachlich-inhaltlichen Arbeitsorientierungen in den ihnen auferlegten Tätigkeiten und Betriebsstrukturen nicht realisieren konnten, so daß damit unterschiedliche Reaktionen verbunden waren:

- Eine weitverbreitete instrumentelle Reaktion zeigt sich in der schon fast resignierenden Variante: „wenigstens Geld“
- In der Variante von „Aufstieg/Karriere“ und Verdienst werden sachlich-inhaltliche Arbeitsorientierungen verdrängt, wenn vor allem Statusdruck und Leistungsdruck aus dem familiären oder peer-Milieu auftreten.
- In der Variante „Sicherheit“ geraten diese Arbeitsorientierungen in den Hintergrund durch antizipierte oder erfahrene Desintegrationsgefahren.

In jeder dieser instrumentalistischen Varianten ist der Verlust oder das Zurückdrängen sinnstiftender Qualitäten von Arbeit gegeben: in der ersten aus Betriebsstruktur- und Arbeitstätigkeitsgründen, in der zweiten aus meist außerbetrieblichen, sozialen Prestigegegründen und in der dritten durch betriebswirtschaftlichen Druck.

Instrumentalistische Arbeitsorientierungen enthalten das Problem, daß keine dauerhaft tragfähige Sinnhaftigkeit von beruflicher Tätigkeit mehr präsent ist, mithin, daß

---

14 W. Heitmeyer, Desintegration und Gewalt, in: deutsche Jugend, H. 3/1992, S. 109-122, S. 112 f.

dieser „Instrumentalismus“ sukzessiv „Leerräume“ entstehen läßt, die gewissermaßen aufgefüllt werden (müssen), wenn der „Instrumentalismus“ versagt, oder der Gehalt aufgezehrt ist, also das erhoffte Geld nicht ausreicht, der Statusaufschwung oder die Karriere sich als labil erweist oder die Sicherheit der Arbeitsbiographie trotzdem nicht gewährleistet ist. Hier entsteht die politische Problemzone, wenn Arbeitstätigkeiten inhaltsleer werden, Befriedigungen aus den Tätigkeiten selbst nicht geschöpft werden können und sozialkommunikative Beziehungen am Arbeitsplatz in jeder der Varianten unter Konkurrenzgesichtspunkten wahrgenommen werden, so daß das Verhalten gegenüber anderen unter instrumentalistischer Perspektive betrachtet wird, in der es um die Verfügung über andere geht: Verfügung über diejenigen, die in der Konkurrenz um Geld, Aufstieg, Sicherheit stehen - oder gegenüber denen man in besonderer Weise die eigene Leistung herausstellen kann oder muß.“<sup>15</sup>

Es gibt also nach unseren Ergebnissen eine enge Korrespondenz der Akzeptanz von Ideologien der Ungleichheit und Gewaltakzeptanz mit instrumentalistischen Arbeitsorientierungen, die auch Solidarität untergräbt.

Nun ist vielfach gefragt worden, weshalb sich die deutschen Gewerkschaften trotzdem als starke Solidarorganisationen erhalten haben. Im Ursachenkranz wird als gewichtiges Argument angeführt, daß es gelungen sei, eine „Verwandlung von Solidarität“ zu erzielen, und „die Mitghedermotivationen von Gemeinschaftsgefühlen auf Nutzenkalküle umzustellen“.<sup>16</sup> Solche Nutzenkalküle, die sich in den Arbeitsorientierungen in Form von instrumentalistischen Varianten ausdrücken, zeigen sich nun aber in unserer Untersuchung als besonders politisch anfällig.

Das verweist noch einmal darauf, wie weit die komplexen Ursachenzusammenhänge in zentralen Funktionsmechanismen von gesellschaftlichen Institutionen hineinreichen. Die „Verwandlung von Solidarität“ hat also weitreichende politische Folgen, die immer deutlicher hervortreten. Sie zeigen sich auch darin, daß eine konsequente Bekämpfung von Arbeitslosigkeit nicht vorhanden ist, sondern kalkulatives Lavieren: „weil konsequente und erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nolens volens auf Kosten des Produktivitätsfortschritts gehen würde, von dem alle profitieren - die Verbraucher, weil sie preiswerte Waren bekommen; die Unternehmer, weil sie mit modernster und arbeitssparender Ausrüstung hohe Gewinne machen und ihre internationale Konkurrenzfähigkeit sichern; die Beschäftigten, weil Produktivitätserhöhungen die Basis für Lohnsteigerungen abgeben. So mag es, trotz ernst gemeinter Bekundungen besonders der Gewerkschaften für eine Ausweitung des Beschäftigungsvolumens, insgeheim eine unausgesprochene „große Koalition“ dafür geben, eine Politik gesellschaftlicher Modernisierung und Produktivitätssteigerung einer konsequenten Vollbeschäftigungspolitik vorzuziehen. Die Zeche bezahlen die Arbeitslosen und die Randbelegschaften, die immer in der Furcht leben, als nächste der Modernisierungsarbeitslosigkeit anheim zu fallen.“<sup>17</sup>

---

15 Rechtsextremismus-Studie, S. 471-475.

16 K. O. Hondrich/C. Koch-Arzberger, Solidarität in der modernen Gesellschaft, Frankfurt/M. 1992, S. 33.

17 Hondrich/Koch-Arzberger, S. 37.

Vor diesem Hintergrund muß auch das nur pflichtschuldige Agieren für die Arbeitsmarktprobleme in Ostdeutschland verstanden werden. Dies ist umso dramatischer, weil mit dem Zusammenbruch von Betrieben die Kerne von weitreichenden sozialintegrativen Strukturen, die in der ehemaligen DDR an die Kombinate gebunden waren, aufgelöst wurden.

c) *Die Vergleichgültigung von Zeit und die Folgen für Geschichtsbewußtsein:* Diesem Bereich unterfallen wiederum Folgen veränderter Zeiterfahrungen für ein besonders sensibles Gebiet: für das Geschichtsbewußtsein.

„Die im Zuge des Industriekapitalismus durchgesetzte Zeitstruktur ist gekennzeichnet durch Entqualifizierung, Quantifizierung und Verräumlichung von Zeit. Dieser Prozeß hat als Grundlage die Fremdbestimmtheit von Zeit in der Lohnarbeit, in anderen Worten: die Enteignung von Zeit. Lohnarbeit ist keine eigene Zeit, sie ist ein Eingriff in die Eigenzeit von Individuen“.<sup>18</sup>

Die Mischung aus Enttraditionalisierung, Diskontinuitäten von biographischer und Zerstückelung von Alltags-Zeit sowie die Veränderungsgeschwindigkeit im beruflichen Bereich verbinden sich zu hinderlichen Bedingungen für eine Entwicklung von Geschichtsbewußtsein. Diese Bedingungen tragen dazu bei, „daß der Zeitbegriff der jüngeren Generation oft nicht mehr geprägt ist durch die Vorstellung einer kausal zusammenhängenden und deshalb begreifbaren Aufeinanderfolge verschiedener Ereignisse und Stufen, sondern eher durch die eines Hin und Her, das der Beliebigkeit und dem Zufall unterhegt. Es ist offensichtlich, daß dieses Zerreißen von Kontinuitätserfahrung nicht nur die Vorstellungen über das individuelle Leben, sondern auch den Begriff von Geschichte betrifft und Folgen hat für die Fähigkeit, in soziale und politische Prozesse einzugreifen“.<sup>19</sup>

„Soweit sich aus dem Produktionsbereich stammende Vergleichgültigung und aus dem Reproduktionsbereich herrührende Verunsicherungserfahrungen miteinander verbinden, gerät das Verhältnis zur historischen Zeit in problematisches Fahrwasser. Verunsicherung in der Gegenwart durch Beschädigung von Zukunft führt dazu, daß Ambivalenzen als widersprüchliche und Ambiguitäten als mehrdeutige Interpretationsangebote kaum mehr zugelassen werden. Insofern geht es nicht mehr um einen (immer auch verunsichernden) Diskurs als Element der Entwicklung von Geschichtsbewußtsein, sondern um stabilisierende Geschichtsbilder, die Gewißheiten vermitteln. Sie sind attraktiv, da sie Sicherheit versprechen und stehen zugleich in der Gefahr, daß sie Mythen kreieren, die vormoderne Zeiten als besonders human feiern.“<sup>20</sup>

18 R. Zoll, Zeiterfahrung und Gesellschaftsform, in: Zoll (Hrsg.), Zerstörung und Wiederaneignung von Zeit, Frankfurt/M. 1988, S. 73-88.

19 R. Kühnl, Gefahr von rechts? Heilbronn 1990.

20 Heitmeyer, Gefährdung historisch-politisches Bewußtseins durch Destruktion sozialer Zeit? In: Heitmeyer/Jacobi (Hrsg.), Politische Sozialisation und Individualisierung, Weinheim/München 1991, S. 269.

## V.

An den drei Bereichen läßt sich deutlich machen, daß die Entstehung rechtsextremistischer Orientierungen und Handlungsweisen nicht - wie es auch im Aktionsrepertoire von Gewerkschaften scheint - auf Parteiprogramme und Aktivitäten von Parteiführern zu reduzieren ist, sondern daß sie tief in den industriegesellschaftlichen Mechanismen verankert ist. Von daher liegt die Zielrichtung einer gewerkschaftlichen *Politik* gegen den Rechtsextremismus nahe, die gleichzeitig aber auch deutlich machen muß, daß die derzeit dominierende Form der sogenannten „Sozialpartnerschaft“ sich - wenn die hier vorgetragenen Thesen stimmen - gar nicht als solche darstellt. Sie ist nichts anderes als blanke Ideologie, also als absichtsvolle Verzerrung der gesellschaftlichen Realität zum Zwecke eigenen Machterhalts, derer sich auch Gewerkschaften bedienen. Wenn es anders wäre, dürfte beispielsweise die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften für die „*Qualität der Arbeit*“ nicht zu einer Alibibeschränkung verkommen sein.

Und auch die *Zeitpolitik* würde anders betrachtet. Wenn vor nicht allzu langer Zeit noch festgestellt werden konnte<sup>21</sup>, daß sich die Auseinandersetzung daran entfalten wird, ob „Zeit“ heute als technisch-lineare Größe gilt, die der verengten Rationalität einzelwirtschaftlicher Zeitökonomie unterliegt, oder ob „Zeit“ als strukturierendes Element gesellschaftlichen Zusammenlebens, sozialer Integration und Kultur zu begreifen ist, so muß selbst bei vorsichtiger Einschätzung konstatiert werden, daß sich die Gewerkschaften dieser Brisanz im Hinblick auf Vereinzelung und Atomisierung nicht hinreichend stellen. Die Zusammenhänge mit politischen Folgen und den Anknüpfungsmöglichkeiten rechtsextremistischer Positionen werden nicht gesehen, wenn nationale Stimmungen als Surrogat für soziale Integration und Zugehörigkeit an Aktualität gewinnen.

## VI.

Die in knapper Form aufgezeigten Probleme sollten die schwierige Position, aber auch die utilitarisch-kalkulierende Oberflächlichkeit deutlich machen, mit der gewichtige Teile der Gewerkschaftsführungen, der -Organisation und der -mitgliedschaft mit den Problemen umgehen.

Das liegt auch am zentralen Dilemma, in dem sich gewerkschaftliche Politik befindet. Einerseits stützt sie durch eine ausgeprägte, auf Lohnzuwachs ausgerichtete Politik die Hinwendung zu instrumentalistischen Arbeitsorientierungen, die sie aus den aufgezeigten Gründen für die Entwicklung der politischen Orientierungsmuster eher vermeiden müßte. Andererseits kann sie dies nicht (mehr) tun, weil fehlende finanzielle Mittel von Teilen der Arbeitnehmerschaft zu Statusverlusten und damit zusammenhängenden Ängsten führen würde, von denen bekannt ist, daß darauf ebenfalls politisch problematisch reagiert wird.

---

21 W. Schuchardt, Wenn der Lebensrhythmus nicht so flexibel ist wie die Arbeitszeit, in: Frankfurter Rundschau Nr. 217/1989, S. 10.

Daher ist zu bezweifeln, ob die Gewerkschaften jenseits von geballter Rhetorik oder Repressionsforderungen tatsächlich eine auf strukturelle Ursachen bezogene Politik betreiben: Derzeit jedenfalls findet eine gewerkschaftliche Politik gegen den Rechtsextremismus nicht statt.